

MITTWOCHKOLUMNE

„Solange der Donner nicht rollt, bekreuzigt sich der Bauer nicht.“ So kann man ein uraltes russisches Sprichwort übersetzen. Für die Menschen ist es üblich, erst dann Vorkehrungen zu treffen, wenn es zu spät ist. Das ist nicht nur für Russen typisch. Auch die pragmatischste Nation der Welt, die Deutschen, sind davon gar nicht so fern.

Der fast einzige deutsche „Bauer“, der sich rechtzeitig zu „bekreuzigen“ bereit ist, heißt Wolfgang Schäuble. Durch eine Schicksalsfügung arbeitet heute dieser alte politische Fuchs in einem der undankbarsten deutschen staatlichen Gefilde, und all seine Versuche, die rechtlichen Sicherheitsstützen des Staates zu befestigen, stoßen auf eine Mauer aus Unverständnis, Politikum und Angst. Es sieht so aus, dass der Innenminister im Kabinett der am meisten kritisierte Bundesminister ist. Aus welchen Gründen? – Aus Sicherheitsgründen.

Als russischer Bürger bin ich von mehreren Dingen in Deutschland begeistert. Dazu gehören das mutige Umden-

ken in der Vergangenheit, die beneidenswerte demokratische Entwicklung und die mächtige Rechtsstaatlichkeit. Was mich ein bisschen enttäuscht, ist die Unflexibilität der Gesellschaft bei allem, was Sicherheitsprobleme betrifft. Manchmal glaube ich zu wissen, woher das kommt.

Fast alle von Schäuble vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verschärfung der Sicherheitsgesetze und die geplanten Korrekturen der faktisch inexistenten inneren Sicherheitsarchitektur sind abgelehnt worden oder am Verfassungsgericht gescheitert. Seine Initiative zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren wurde so scharf kritisiert, als ginge es um eine Restauration geschichtlicher Tabu-Themen. Sein Aufruf, die Möglichkeit der gezielten Tötung von Terroristen im Grundgesetz zu verankern, empörte so stark den Medienraum, als hätte er Osama bin Laden zu einem Staatsbesuch eingeladen.

Die gleiche Resonanz fanden seine anderen „umstürzlerischen Projekte“ inklusive Verbot der Handy- und Inter-

Von außen betrachtet



Andrej Kobayakov

Schimpfwort „Sicherheit“

Der russische Journalist Andrej Kobayakov (46) arbeitet für die Internet-Redaktion der „Deutschen Welle“ und lebt in Bonn.

net-Nutzung für mutmaßliche Terroristen sowie Online-Durchsuchungen.

Belohnung für sein Engagement bekam der Innenminister in vollem Maß. „Schäuble baut den Polizeistaat“, „Innenminister terrorisiert deut-

sche Gesellschaft“, „Minister Schäuble demontiert den Rechtsstaat“ – so lauten die harmlosesten Passagen an seine Adresse. Als Verzahnung von Polizei und Geheimdiensten nannte man seine jüngsten Pläne, eine techni-

sche Aufklärungszentrale in Köln zu schaffen. Mit Ironie und Satire kommentiert man fast jede seiner Absichten.

Woher kommen diese Fetischisierung der Verfassung, die „Biblisierung“ von demokratischen Werten und der sture Widerstand gegen die eigene Sicherheit bei den Deutschen? Ich glaube, das liegt an der rechtlichen Verwöhntheit der deutschen Nachkriegsgenerationen und am Kult der blinden Anbetung ihrer geschichtlich bedingten Tabus. In Deutschland ist man daran gewöhnt, dass etwas Schreckliches nur irgendwo anders passiert. Der Terroranschlag in Beslan und die Geiselnahme im Moskauer Musical-Theater waren tausende Kilometer entfernt.

Weit von Berlin und Karlsruhe passierten auch die Horrorergebnisse vom 11. September. Wenn man sich an die Olympiade 1972 in München erinnert, sollte man davon ausgehen, dass dieser Terrorangriff von den Deutschen als nicht antideutsch wahrgenommen wurde. Auch ein vor zwei Jahren verhin-

derter Terroranschlag in Deutschland machte die Gesellschaft nicht wachsamer. Während die Welt sich ändert und immer neue Bedrohungen entstehen – nicht nur für die demokratischen Werte, sondern auch für das Leben – wäre es unzulässig, sich Illusionen hinzugeben und mit den alten Ahnungen zu leben.

In den Fokus von Terroristen geraten meist die einfachen Leute. Klar, warum Politiker und Richter diese Gefahr nicht nachvollziehen können: Hinter den Scheiben von Limousinen und aus dem Villenfenster heraus sieht die Welt ganz anders aus. Warum verstehen das die „normalen“ Deutschen nicht?

Noch mehr: Wenn man alle Diskussionen über innovative Schäuble-Politik aufmerksam verfolgt, scheint es, dass in Deutschland das Wort „Sicherheit“ das gleiche Image hat wie das Wort „Demokratie“ in Russland. Es gilt als Schimpfwort. Bleibt nur zu hoffen, dass es Schäuble niemals den Anlass liefert, an das russische Sprichwort öffentlich erinnern zu müssen.

CHRONOLOGIE DER BAYERN-LB-INFORMATIONEN

Wie die Zahl der roten Nullen wuchs

Die Ermittlungen um die verlorenen Milliarden gehen weiter. Diese Woche tagt der Landesbank-Untersuchungsausschuss wieder und geht der brisanten Frage nach, wer wann von den Risiken der faulen US-Immobilienkredite wusste.

VON CHRISTIAN DEUTSCHLÄNDER

München – Warum die Landesbank und etliche andere Institute Gelder in den USA versenkten, wird der Ausschuss kaum klären. Die Kernfrage ist politisch: Hätten die Minister, die im Verwaltungsrat der halbstaatlichen Bank sitzen, den Landtag früher informieren müssen? Eine Chronologie über die turbulenten Wochen.

Juli 2007: Im Verwaltungsrat berichten Bank-Manager erstmals von Verlusten in den USA. Teilnehmer klagen, für Nicht-Experten sei der Fachvortrag unverständlich. Kurt Faltlhauser, Finanzminister, fordert genervt eine Sonder-sitzung des Verwaltungsrats.

29. August 2007: Zur Sonder-sitzung kommt kaum einer der Politiker, die Sitzungs-vorlage geht aber an die damaligen Minister Günther Beckstein und Erwin Huber. Die Bank gibt einen Überblick. Intern ist von 400 Mio. Euro Wertberichtigungsbedarf (nicht Verlusten) die Rede.

10. September: Faltlhauser weicht die Opposition ein. Um 14 Uhr treffen sich je ein Haushaltspolitiker von CSU,

SPD und Grünen mit ihm in einem CSU-Büro. Faltlhauser nennt mündlich die 400 Millionen Euro, teilt ein Blatt aus, auf dem keine solche Zahl steht, und bittet um Diskretion. Die Oppositions-Abgeordneten informieren, was intern später für Ärger sorgt, nicht mal ihre Fraktionschefs.

Ende Oktober: Sparkassen-Präsident Siegfried Naser, Chef des Verwaltungsrats, schickt einen Brandbrief an Beckstein (inzwischen Ministerpräsident) und Erwin Huber (nun Finanzminister). Auf die Landesbank kämen erhebliche Verluste zu, alle Daten wiesen nach unten. Eine Zahl nennt er nicht.

4. Dezember: Im Verwaltungsrat berichtet Vorstand Michael Kemmer von massiven Risiken. Durch buchhalterische Tricks seien Wertberichtigungen von 600 Millionen Euro verschoben worden. Die tatsächlichen Verluste beliefen sich schlimmstenfalls auf 100 Millionen. Insgesamt müsse man aktuell mit Zahlungsausfällen und Wertberichtigungen von 1,44 Milliarden Euro kalkulieren. Huber will in der Sitzung das Ausmaß der Verluste abmildern. Laut Protokoll („vertraulich“) schlägt er vor, auf Presse-Nachfragen die Zahlen so zusammenzufassen, dass sich „die derzeitigen Bewertungsverluste relativieren“.

11. Dezember: Im Landtag erklärt Huber, das Ausmaß der Wertberichtigungen sei nicht überschaubar. Tatsächlich variieren die Daten, die ihm die Bank zur Verfügung stellt, wöchentlich stark.

13. Dezember: Die Landes-



Milliarden-Verluste im Dunkeln: Der Löwe vor der Münchner Landesbank-Zentrale. FOTO: DDP

bank räumt offen Zahlungsausfälle von 100 Mio. ein.

24. Januar 2008: Vor Journalisten sagt Huber, es könnten mehr als 100 Mio. werden.

7. Februar: Huber bekommt von der Bank einen Wochenbericht: Die Zahlen hätten sich binnen einer Woche in einem „sensiblen Markt“ um weitere 100 Millionen Euro verschlechtert.

12. Februar: Im Landtag sagt Huber, es drohe spürbarer Abschreibungsbedarf, es gebe aber keine belastbaren

Zahlen. Ist diese Aussage korrekt? Minuten später erfährt Huber, dass die Bank plötzlich doch Zahlen veröffentlichen will. Er reagiert wütend.

13. Februar: Der Verwaltungsrat tagt wieder, jetzt „streng vertraulich“. Es geht nun um Abschreibungen von 1,9 Milliarden. Huber fragt laut Protokoll, ob diese Zahl belastbar sei. Kemmer antwortet, testiert sei die Zahl nicht, werde sich aber wohl „nicht mehr gravierend verändern“. Huber rüffelt noch-

mal die Kommunikationsstrategie der Bank. Dann fordert er Informationen an, wie viel Steuern die Bank seit 1995 zahlte, um das öffentliche Bild der Verluste zu mildern. Später bestätigt die Bank offiziell die 1,9 Milliarden Euro.

15. Februar: Hinter den Kulissen wird an der Demission des Bank-Chefs Werner Schmidt gearbeitet. Huber und Naser telefonieren und beauftragen die Bank, weitere Detailzahlen zu nennen.

19. Februar: Im Verwal-

tungsrat erklärt Schmidt seinen Rücktritt. Das Gremium beschließt („streng vertraulich“) auf Anregung von Innenminister Joachim Herrmann, dass Politiker künftig gar nichts mehr zu aktuellen Zahlen sagen sollen. Man einigt sich zudem darauf, neue Risiko-Erkenntnisse der Rating-Agentur Fitch zurückzuhalten. Naser berichtet, dass die Pressemitteilung der Bank vom 13. Februar jetzt schon überholt sei. Er dringt aber darauf, zwei Tage später im Landtag dennoch nur diese Zahlen zu nennen.

21. Februar: Huber muss im Landtag Auskunft geben. Er nennt keine neuen Zahlen und beteuert, am 12. Februar im Landtag nicht gelogen zu haben, weil die Zahlen, die er damals hatte, wirklich „nicht belastbar“ gewesen seien.

2. März: Kommunalwahl. **28. März:** Regierungschef Beckstein schließt Risiken von 4 Milliarden nicht aus. Huber reagiert verärgert.

3. April: Die BayernLB räumt 4,3 Milliarden ein. Der Landtag setzt einen Untersuchungsausschuss ein. Intern wird ermittelt, welche Politiker zwischen 1998 und 2001, als die Masse der faulen US-Kredite gekauft wurde, im Kreditausschuss saßen. Darunter sind zahlreiche CSU-Minister, aber auch der Münchner SPD-Wirtschaftsreferent Reinhard Wiczorek.

29. Mai: Der Ausschuss wird zwei Banker vernehmen: Kemmer und Naser. Einen Tag später folgt ein halbes Dutzend weiterer Manager.

6. Juni: Der Ausschuss wird Huber und Beckstein laden.

GESUNDHEIT

Solariumverbot für Minderjährige

Berlin – Mit einem Solariumverbot für Minderjährige, besseren Vorsorgeuntersuchungen und verstärktem Eintreten für gesundes Essen will der Bund die wachsenden Krankheitsrisiken bei Kindern bekämpfen. Angesichts alarmierender Steigerungen bei Alkoholmissbrauch und Übergewicht sowie der sozialen Ungleichheit der Gesundheitschancen bündelt der Bund bestehende Vorstöße zu einer Gesamtstrategie. „Ein gesundes Kind hat bessere Chancen, bis ins hohe Alter gesund zu bleiben“, sagte Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD). dpa

KINDERPORNO

Bayern fordert Online-Fahndung

München – Bayern fordert im Bundesrat den Einsatz von Online-Durchsuchungen gegen Kinderpornografie. In einer Bundesrats-Initiative verlangt die Staatsregierung eine Änderung des Strafrechts, um Polizei und Staatsanwaltschaften bei der Strafverfolgung die Installation von Spionage-Software in Computern zu erlauben. Neben Kinderpornografie soll die Online-Überprüfung auch bei Sexual- und schweren Gewaltverbrechen sowie Terrorverdacht möglich sein. Der Staat habe die Pflicht, seine Bürger zu schützen, sagte Justizministerin Beate Merk. dpa

SACHSEN

Milbradt erklärt Rücktritt

Dresden – Der sächsische Regierungschef Georg Milbradt hat offiziell seinen Rücktritt erklärt. Das entsprechende Schreiben sei dem Landtagspräsidenten Erich Ilgen gestern zugestellt worden, teilte Landtagssprecher Ivo Klante mit. Zuvor war das Kabinett in Dresden zur letzten Sitzung unter Milbradt zusammengekommen. Der CDU-Politiker hatte bereits Mitte April den Rückzug von allen Ämtern angekündigt. Hintergrund ist das Debakel der SachsenLB. Nachfolger des 63-Jährigen soll Finanzminister Stanislaw Tillich (CDU) werden. Die



Stanislaw Tillich soll Georg Milbradt heute als Ministerpräsident beerben

Wahl des Regierungschefs im Landtag ist für heute vorgesehen. Der 49-jährige Tillich steht seit dem Wochenende bereits an der Spitze der Landes-CDU. Er erhielt auf einem Parteitag knapp 98 Prozent der Stimmen. ap

USA

Barack Obama will Berlin besuchen

Washington – Der demokratische US-Präsidentenbewerber Barack Obama kommt eventuell nach Deutschland. Obamas Stab arbeite an Plänen für eine Europa-reise, um Obamas außenpolitisches Profil zu stärken, sagte der Regierungsbeauftragte für die deutsch-amerikanischen Beziehungen, Voigt. Dabei werde auch an einen Besuch in Berlin gedacht. Der designierte republikanische Präsidentschaftsbewerber John McCain forderte Obama auf, in den Irak zu reisen. McCain warf Obama mangelnde Kenntnis der Lage im Irak vor. ap

BIRMA

Aung San Suu Kyi: Arrest verlängert

Rangun – Die Militärregierung in Birma hat den Hausarrest von Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi verlängert. Dies teilte ein Sprecher der Behörden mit. Suu Kyi verbrachte insgesamt zwölf der vergangenen 18 Jahre unter Hausarrest in Rangun. Zuletzt hatten sie die Generäle für fünf Jahre unter Hausarrest gesetzt. Rund 20 Anhänger der Opposition, die in einem Protestmarsch zum Haus der Politikerin ziehen wollten, wurden festgenommen. Die Polizei trieb die Oppositionellen nach Augenzeugenberichten auf einen Lastwagen. rmm/ap

AKTUELLES IN KÜRZE

ISRAEL/HISBOLLAH Austausch geplant

Israel und die radikal-islamische Hisbollah stehen kurz vor einer Einigung auf einen Gefangenenaustausch unter deutscher Vermittlung. Israelische und libanesische Medien berichteten, für zwei im Juli 2006 in den Libanon verschleppte israelische Soldaten sollten fünf libanesische Gefangene freigelassen werden.

KANADA

Bernier tritt zurück

Der umstrittene kanadische Außenminister Maxime Bernier ist zurückgetreten. Er gab sein Amt auf, weil er geheime Unterlagen an nicht geschützten Orten aufbewahrt hatte, erklärte Ministerpräsident Harper. „Das ist ein gravierender Fehler für einen Minister.“ Um welche Dokumente es sich handelte, blieb zunächst unklar.

IRAK

Kindersoldaten

Eine sunnitische Terrorgruppe mit Beziehungen zu El Kaida soll im Irak im großen Stil Kinder rekrutiert haben. Angehörige von sunnitischen Bürgerwehren sagten, die Kinder, die als Kämpfer und Attentäter missbraucht würden, seien maximal 16 Jahre alt.

ISRAEL

Bargeld für Olmert

Im Korruptionsfall um Israels Ministerpräsident Olmert hat ein Hauptzeuge über Bargeldzahlungen von 150 000 Dollar an den Politiker berichtet. Der US-Geschäftsmann Talansky sagte in Jerusalem, er habe Olmert bis 1995 Spendengelder in bar gegeben, da der Politiker keine Schecks annehmen wollte.

Das Datum

28. Mai 1813: In Berlin findet die letzte Hinrichtung durch Verbrennen auf dem Scheiterhaufen in Preußen statt. **28. Mai 1987:** Der 19-jährige Sportpilot Mathias Rust aus Wedel landet mit seiner Cessna 172 ungehindert auf dem Roten Platz in Moskau.

KOSOVO

Bundeswehr bleibt

Die Bundeswehr soll sich nach dem Willen der Bundesregierung das zehnte Jahr in Folge an dem internationalen Einsatz im Kosovo beteiligen. Das Kabinett stimmte in Berlin dafür. Der Bundestag wird sich am Donnerstag in erster Lesung mit dem Mandat befassen.

KONGO

Deutsche vermisst

Im Kongo wird seit mehreren Tagen eine Biologie-Studentin aus Leipzig vermisst, die in dem afrikanischen Land das Verhalten von Zwergschimpansen erforscht. Von der 23-Jährigen fehlt nach Angaben ihrer Familie jede Spur. Die deutsche Botschaft in Kinshasa ist eingeschaltet.

AFGHANISTAN

Tödliche Sprengfalle

Bei einem Anschlag auf einen Kleinbus sind in der afghanischen Provinz Farah acht Zivilisten getötet worden. Das Fahrzeug geriet in eine Sprengfalle. Die Straße wird häufig von afghanischen und ausländischen Sicherheitskräften genutzt.